

Welt Trends

— Zeitschrift für internationale Politik —

Kriminelle Welt



Gewaschenes Geld

Routen des Kokains

Drehscheibe Kosovo

Piraterie in Südostasien

WeltBlick

Explosive Türkei

Bürgerrevolution in Ecuador?

Überschätzer Süden

Links-Grün zur Außenpolitik

Forum

Wir und die Russen

Kommentar

Heiner Flassbeck zum Euro

Bücher & Tagungen

Inhalt

1

Editorial

4

WeltBlick



5 Irans neuer Präsident
Azadeh Zamirrad

9 Explosive Türkei – ein Bericht
Zühal Yeşilyurt Gündüz

20 Bürgerrevolution in Ecuador?
Jan-Erik Winzer

27 Der Süden und die Mittelschichten
Henning Melber

32 Links-Grün zur Außenpolitik – ein Gespräch
Interview mit Viola von Cramon und Jan van Aken

44

Zwischenruf: Zahnlos, aber nicht wertlos?
von *Wolfgang Schwarz*

46

Thema: Kriminelle Welt



49 Herausforderung gewaschenes Geld
Anja P. Jakobi

58 Die Routen des Kokains
Michael Radseck und Daniel Flemes

69 Kriminalität im Kosovo
Joschka J. Proksik

78 Piraterie in Südostasien
Marco Bünte

87 **Statistik:** Schattenökonomie und Kriminalität
Kai Kleinwächter

Historie: 50 Jahre Moskauer Vertrag
Hubert Thielicke

89

Der letzte Neorealist? Nachruf auf Kenneth N. Waltz
Carlo Masala

95



Forum: Russland und Wir

98

Kein Europa ohne Russland
Alexander Rahr

99

Berlin-Moskau: Ein polnischer Blick
Bogdan Koszel

103

Russland zwischen den Stühlen
Andrey Kinyakin

108

Für eine illusionslose Russlandpolitik
Joachim von Arnim

112

Neue Qualität der Partnerschaft?
Sergej Birukov

115

Streitplatz: Was wird aus dem Westen?

118

Grenzen des westlichen Universalismus
Heinz Theisen

119

Bücher und Tagungen

124

125

Rezensionen

133

Annotationen

136

Neuerscheinungen

138

Konferenzen

141

Impressum

Den Euro retten!
Kommentar von Heiner Flassbeck

142

Wort und Strich

144



Links-Grün zur Außenpolitik

Gespräch mit Viola von Cramon und Jan van Aken

Deutsche Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Rot-Rot-Grün

Die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages neigt sich dem Ende zu. Die Arbeit der Bundesregierung wird bilanziert – auch ihre Außenpolitik. Im Interview mit *WeltTrends* zieht Viola von Cramon (Bündnis 90 / Die Grünen) und Jan van Aken (Die Linke) ein kritisches Resümee der Leistung des Auswärtigen Amtes unter Guido Westerwelle und der Regierung Merkel. Sie plädieren für eine Außenpolitik jenseits von Schwarz-Gelb – und stellen zugleich fest, dass ein Bündnis in Rot-Rot-Grün noch keine Option ist.

WeltTrends: Frau von Cramon, Herr van Aken, Sie haben Fächer studiert, Agrarwissenschaften und Biologie, die sich deutlich von den Bereichen Außenpolitik und internationale Beziehungen unterscheiden. Wie sind Sie zur Außenpolitik gekommen? Mit Blick auf die Parteikarriere gibt es sicher förderlichere Bereiche. Warum haben Sie sich für die Außenpolitik entschieden?

Viola von Cramon: Ich habe mich schon früher weniger für klassische Landwirtschaft in Deutschland oder Europa, sondern für die internationale Agrarwirtschaft interessiert, insbesondere in der Sowjetunion. Als Studentin gründete ich einen Verein für den Austausch zwischen Agrarstudenten und Menschen aus dem ländlichen Raum dieser Region. Aufgrund dieses Engagements war ich oft in Russland, Weißrussland und der Ukraine. Das war mein Ansatzpunkt für die Außenpolitik. Nach meinem Studium organisierte ich als Selbstständige Projekte und hatte Kontakt zur Regierungsebene in diesen Ländern. Daher war das Internationale mein originäres Interessengebiet. Deshalb bereue ich es nicht, eventuell in einem eher der Karriere feindlichen Politikbereich tätig zu sein. Ich mache Politik, auch wenn das naiv klingen mag, nicht der Karriere wegen, sondern aus Überzeugung.

Jan van Aken: Eigentlich sind es bei mir zwei unterschiedliche Stränge, die mich zur Außenpolitik führten. Bei Greenpeace

International habe ich die asiatische Landwirtschaftskampagne koordiniert. Somit bin ich in der Landwirtschaftspolitik auch immer schon international ausgerichtet gewesen. Das andere ist, dass ich über meine Arbeit gegen Gentechnik zum Thema Biowaffen gekommen bin und international in der Biowaffenkontrolle tätig war. Übrigens: Bei der Partei Die Linke ist der Bereich der Außenpolitik eher förderlich für die Karriere.

Außenpolitik im Wahlkampf

WeltTrends: Welche Bedeutung hat Ihr Bereich, die Außenpolitik, für den Bundestagswahlkampf 2013?

Jan van Aken: Für Die Linke hat die Außenpolitik eine besondere Bedeutung. Das Thema Frieden ist Herz, Leib und Seele dieser Partei. Deswegen glaube ich, dass uns viele zuvorderst wegen der Friedenspolitik wählen. Man hört zwar nicht selten von Umfragen, dass die Außenpolitik nicht entscheidend sei für die Wahl, meine persönliche Erfahrung ist allerdings eine andere. Trotzdem wird Außenpolitik im Wahlkampf bis September nicht das zentrale Thema sein, sondern eher eine unterschwellige Rolle spielen. Es sei denn, es passiert etwas Gravierendes, was die Außenpolitik auf der Agenda weit nach oben spült.

Viola von Cramon: Bei unserem Mitgliederentscheid, bei dem die Mitglieder der Grünen für die wichtigsten Projekte bei einer zukünftigen Regierungsbeteiligung abstimmen konnten, haben außenpolitische Aspekte viel Zustimmung bekommen, vor allem die Frage, wie wir in Zukunft Rüstungsexporte einschränken. Auch die Frage eines solidarischen Europas und einer neuen Asypolitik stehen im Zentrum. Wir versuchen zudem das, was uns während der rot-grünen Regierungszeit ausgezeichnet hat, klarer in den Mittelpunkt zu stellen: die zivile Krisenprävention, die unter der CDU/FDP-Regierung seit 2009 sukzessive abgebaut wurde. Ich finde es allerdings sehr einfach, wenn sich Die Linke als Friedenspartei präsentiert und grundsätzlich Kapitel-VII-Mandate gemäß UN-Charta ablehnt. Das war beispielsweise der Fall, als die Südsudanesen um Schutz vor dem Sudan gebeten haben und UNMIS [United Nations Mission in Sudan, eine Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen zur Absicherung des Nord-Süd-Friedensabkommens von 2005,

nach der Unabhängigkeit Südsudans 2012 von UNMISS allein im Südsudan abgelöst, die Red.] eingerichtet wurde. Wenn es Die Linke ernst meint mit dem Frieden, dann hätte sie spätestens an dieser Stelle Farbe bekennen müssen – das hatten ja auch Euer damaliger Parteivorsitzender Bisky und andere gefordert ohne sich damit aber durchsetzen zu können. Es geht der Linken offensichtlich nicht um Frieden oder Nichtfrieden, sondern es geht ihr um das Verhältnis zur Bundeswehr.

Jan van Aken: Da bist Du auf dem dreifachen Holzweg. Unser Verhältnis zur Bundeswehr ist extrem gespannt. Wir sind selbstverständlich Ansprechpartner für viele Soldatinnen und Soldaten, gerade wenn sie nach Auslandseinsätzen zurückkommen und allein gelassen werden. Der zweite Holzweg besteht darin, zu behaupten: Wenn ich gegen Bundeswehrein-sätze bin, will ich gar nichts machen. Das macht das Dilemma der Grünen deutlich mit ihrer Position: Es gibt einen Konflikt und ich will etwas machen, dann muss ich die Bundeswehr schicken – wenn ich keine Bundeswehr schicke, dann will ich gar nichts machen ...

Viola von Cramon: ... es geht doch aber um UNMIS und um Infrastruktur und darum, was die UN jetzt mit UNMISS konkret im Südsudan macht.



Jan van Aken: Der dritte Holzweg ist Sudan. Ich bin einige Wochen vor dem Referendum dort gewesen und alles, was ich notwendig und sinnvoll fand, war die nicht militärische Komponente von UNMIS, vor allem im Bereich der Logistik. UNMIS war doch kein Mandat, den Süden gegen den Norden zu verteidigen, sondern ein Mandat zur Überwachung und Unterstützung des Friedensabkommens. Dafür wurden zivile Instrumente gebraucht, kein Kapitel-VII-Mandat, das offensive Gewaltanwendung erlaubt. Diese Auffassung hat übrigens auch Lothar Bisky vertreten, nachdem er sich intensiv mit dem Mandat beschäftigt hatte. Wenn Du sagst, wir hätten dem zustimmen müssen, dann zeigt das, dass du nicht verstanden hast, worum es bei UNMIS ging.

Viola von Cramon: Du meinst also wirklich, dass dort die zivilen Kräfte komplett ohne militärischen Schutz arbeiten könnten?

Jan van Aken: Davon gehe ich aus. Wenn wir wie im Fall Sudan-Südsudan einen Prozess haben, bei dem Unterstützung nötig ist, dann muss diese nicht militärisch organisiert sein: vom Flugzeug über den Hubschrauber bis zur Logistik vor Ort. Ich brauche für die Aufstellung von Wahlurnen in abgelegenen Gebieten keine Soldaten, sondern Infrastruktur. Etwas wie ein Internationales Technisches Hilfswerk aufzubauen, das ist notwendig. Dann bedarf es keiner militärischen Mandate, die politisch keinen Sinn machen.

Viola von Cramon: Die Einschätzung der Südsudanesen und des UN-Sicherheitsrat war eine andere.

Außenpolitik in Schwarz-Gelb: Interessen statt Werte

WeltTrends: Nach diesen unterschiedlichen Positionen kommen wir jetzt zu einem Thema, das einen Konsens erwarten lässt: Die Legislaturperiode geht zu Ende und es stellt sich die Frage, wie Sie die schwarz-gelbe Außenpolitik bewerten.

Viola von Cramon: Kennzeichnend für mich ist, dass die Außenpolitik der vergangenen Jahre stark von Außenwirtschaftsförderung geprägt war, sich die Regierung auf dieser Ebene viel stärker im Ausland als Vertreter nationaler, deutscher Interessen

gesehen hat. Was die Frage des Abstimmungsverhaltens im UN-Sicherheitsrat angeht, hätten wir uns im Fall Libyen als Grüne natürlich eine andere Entscheidung gewünscht als eine Enthaltung. Damit hat sich die Bundesregierung ins internationale Abseits gestellt und Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des UN-Sicherheitsrats verspielt.

WeltTrends: Und wie bewerten Sie den Außenminister?

Viola von Cramon: Er ist eine komplette Fehlbesetzung. Er hat weder europapolitische noch außenpolitische Erfahrung. Er hat auch keine Lust, sich damit eingehend zu beschäftigen. Man sieht es ihm förmlich an, seine Körpersprache spricht einfach dagegen. Wenn man sich ungern in internationaler Gesellschaft bewegt, ist das ein Problem. Und wenn man keine internationalen Kontakte, kein Netzwerk hat, nichts, worauf man auf informellem Wege zugreifen kann, warum wird man dann Außenminister?

Jan van Aken: Ich stimme zu, dass Westerwelle eigentlich kein Interesse an Außenpolitik hat. Die größte Fehlbesetzung der FDP ist aber Dirk Niebel als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Was ich Westerwelle zugehalte, ist, dass er sich zurückhaltend zeigt, was Auslandseinsätze angeht. Ob er aus Überzeugung vorsichtig ist, kann ich nicht beurteilen. Dies ist aber auch das einzige Positive, was ich sagen kann. Ansonsten muss man aufpassen, die Außenpolitik der schwarz-gelben Regierung nicht so zu kritisieren, als ob es vorher deutlich anders gelaufen wäre. Im Wesentlichen setzt die jetzige Regierung die Politik ihrer Vorgänger einfach fort. Aber in vielen Bereichen sehe ich, dass es enthemmt zugeht, beispielsweise bei den Waffenexporten. Es wird gesagt, dass Außenpolitik werte- und interessengeleitet ist. Bei der CDU/FDP-Regierung haben die Außen- und Wirtschaftsinteressen immer die Entscheidungen bestimmt, Werte wie etwa Menschenrechte spielten keine Rolle.

Neue Rolle Deutschlands in der Welt?

WeltTrends: Frau von Cramon, Sie haben zuvor die Libyenfrage angesprochen. Werten Sie die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat als Zeichen für eine außenpolitische

Neupositionierung? Als Beleg für die Suche nach neuen Kooperationspartnern, als Zeichen für eine neue außenpolitische Unabhängigkeit und Stärke Deutschlands?

Viola von Cramon: Die Entscheidung fällt auf jeden Fall aus den alten transatlantischen Mustern heraus. Und wenn wir Europäer in solchen Fragen nicht an einem Strang ziehen, macht es die gemeinsame Sache extrem schwer.

Jan van Aken: Die Behauptung von der neuen außenpolitischen Stärke Deutschlands würde ja voraussetzen, dass Westerwelle etwas tut. Aber Westerwelle macht praktisch nichts und positioniert Deutschland auch nicht neu.

WeltTrends: Aber ist es nicht generell in der Politik so, dass es verschiedene kleine Ereignisse gibt und wenn man sie dann, meistens in historischer Sicht, durchgeht, ist zu erkennen, dass sich eine Tendenz, eine Position entwickelt hat? Ist die Enthaltung in der Libyenfrage nicht vielleicht doch ein Signal für eine neue Position Deutschlands in Europa und, darüber hinaus, ein Signal zur Bereitschaft, Hegemonialmacht zu werden?

Jan van Aken: Das sehe ich nicht. Ich glaube, dass die Regierung zu 100 Prozent hinter der Doktrin steht, dass Deutschland



erst in Europa stattfindet und dann kommt lange nichts, dann kommt die transatlantische Freundschaft und dann kommt lange wieder nichts. Deswegen gibt es nicht einmal den Ansatz zur Neuausrichtung oder überhaupt eine Debatte in die Richtung: Wir sind jetzt wieder wer und müssen auch mal eigene Entscheidungen treffen.

Viola von Cramon: Ich finde nicht, dass sich dort alle deutlich zu Europa bekennen. Französische Kolleginnen und Kollegen im Europarat sind beispielsweise sehr enttäuscht, wie wenig wir z. B. im Fall Mali an der Seite Frankreichs stehen.

Durchorganisiertes Desinteresse

WeltTrends: Diese kritische Haltung zur Aussage von Jan van Aken aufgreifend und erweiternd: Wo gibt es eigentlich noch Transatlantiker?

Viola von Cramon: Wir fangen jetzt an, die letzten kleinen Fäden, die es noch zwischen den Kontinenten gibt, wieder zusammenzuflicken, weil man merkt, dass die NATO auseinanderfliegt. Die USA ziehen sich zurück. Sie schichten um in Richtung Pazifik. Europa soll sich selbst helfen.

WeltTrends: ... und da geht jetzt Deutschland voran?

Viola von Cramon: Bislang sehe ich nicht, dass Deutschland vorangeht, überhaupt nicht. Die deutsche Außenpolitik macht doch keine Vorstöße, um irgendetwas zu integrieren. Wir könnten eine viel klarere europäische Außen- und Sicherheitspolitik haben, wenn die drei großen Staaten nicht so sehr auf ihrer Souveränität beharren würden.

Jan van Aken: Ich vertrete eine ganz andere Meinung, will allerdings nochmals auf die Ausgangsfrage zur angeblich neuen deutschen Außenpolitik zurückkommen. Ich sehe das eher umgekehrt. An vielen Punkten scheint deutsche Außenpolitik nicht stattzufinden. Der Atomstreit mit Iran ist ein Beispiel. 2003 ist Deutschland nur hineingerutscht in die 5+1-Verhandlungen. Jetzt sagen uns Iraner immer, Deutschland solle eine größere Rolle bei Verhandlungen spielen. Das liegt natürlich in

deren eigenem Interesse. Aber jetzt könnte Deutschland, wie 2003, tatsächlich wieder eine besondere Rolle spielen. Doch wir halten uns so extrem wie möglich raus, sagen so wenig wie möglich, machen so wenig wie möglich. Das ist immer so: Möglichst wenig tun, möglichst nur die Formalia, die man versprochen hat, einhalten. Entsteht eine neue Hegemonie dadurch, dass man nichts mehr macht? Das ist vielmehr ein durchorganisiertes Desinteresse.

Viola von Cramon: Das möchte ich ergänzen. Ich bin oft in Zentralasien, und wenn irgendein Land dort ein gutes Standing hat, dann ist das Deutschland. Wir haben mit Abstand die größten Botschaften und wir haben mit der EU-Zentralasien-Strategie von Steinmeier gezeigt, dass wir uns für die Region interessieren. Wir haben halbwegs passable Projekte initiiert. Und heute? Das liegt alles brach, wir bearbeiten das überhaupt nicht mehr. Oder dass wir versuchen, nach dem ISAF-Abzug eine regionale Kooperation für den Norden Afghanistans zu initiieren oder auf der europäischen Ebene Gelder zu rekrutieren. Nichts.

Jan van Aken: Ein weiteres Beispiel: die Abrüstung. Westwelle sieht sich gerne als Abrüstungsaußenminister. Mit den Atomwaffen ist er gescheitert. Aber auch der Abrüstungsetat wird von dieser Regierung immer weiter zusammengestrichen.

Facetten alternativer Außenpolitik

WeltTrends: Nehmen wir an, Sie würden die deutsche Außenpolitik bestimmen können: Welche Leitlinien würden Sie zugrunde legen und welche Projekte anstoßen?

Jan van Aken: Die beiden Schwerpunkte, die ich im Kopf habe, gehen über einen Vierjahreshorizont hinaus. Das eine ist ein kollektives Sicherheitssystem anstelle der NATO, ähnlich der OSZE. Da wäre zu klären: Wer macht das? Wie ist es um das Verhältnis zu Russland bestellt? Sollten ihm auch Indien und China angehören? Die notwendige Voraussetzung wäre, das Raketenchildprojekt zu stoppen. Der zweite Punkt ist fast noch essenzieller. Das sind Veränderungen in den Außenwirtschaftsbeziehungen. Für mich heißen internationale Solidarität und internationale Politik, dass ich dafür Sorge, dass sich Lebens- und

Arbeitsbedingungen auch in anderen Ländern verbessern. Dazu gehört, dass wir Ungerechtigkeiten im Weltwirtschaftssystem beenden. Man muss mit Kleinigkeiten anfangen, die große Auswirkungen haben. Ein Stichwort: Kennzeichnungspflicht. Bestimmte Produktionsverhältnisse könnten verboten, Firmen stärker verpflichtet werden. Aber es muss darüber hinausgehen, bis zur Beendigung der jetzigen bilateralen Wirtschaftsabkommen, die alle auf Ungerechtigkeit beruhen.

Viola von Cramon: Das stimmt. Diese Wirtschaftsabkommen sind völlig asymmetrisch. Du hast das allgemein in Bezug auf Entwicklungsländer geschildert. Ich finde, wir sollten uns auf der europäischen Ebene speziell dem südlichen Mittelmeer stärker widmen. Bei jeder Dose Tomaten, die Marokkaner hier bei uns einzuführen bitten, schreiben Spanier sofort Stopp. Ich spitze dies zu, um zu zeigen, dass wir in der EU kaum ernst gemeint solidarisch handeln. Ich wünsche mir, dass wir als Europäer gemeinsame Standpunkte entwickeln und dass wir es uns vornehmen, die UN zu stärken. Eine wichtige Frage ist auch, wie man die präventiven Instrumente stärker in den Vordergrund rücken kann, auf der europäischen Ebene und im UN-Kontext. Wir müssen die Botschaften viel stärker mit Mediationsteams ausstatten. Es geht um die Stärkung regionaler Organisationen hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Krisenprävention. Es geht



darum, im euroatlantischen Raum die OSZE wieder politisch handlungsfähiger zu machen. Vieles an diplomatischem Potenzial ist nicht ausgeschöpft.

Ist Rot-Rot-Grün das Jenseits von Schwarz-Gelb?

WeltTrends: Ein Regierungsbündnis der Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke nach der Bundestagswahl im September 2013 wird in der Regel ausgeschlossen. Gibt es überhaupt Bestrebungen, miteinander ins Gespräch zu kommen? Ist die Außenpolitik der Knackpunkt für ein solches Bündnis?

Viola von Cramon: Das aktuelle Wahlprogramm der Linken steht einer Außeneuropapolitik und somit einem möglichen Bündnis komplett im Weg. Wenn bei euch die Position vorherrscht, dass Bundeswehreinsätze nach Kapitel VII der UN-Charta nicht unterstützt werden dürfen, dann haben wir ein Problem. Dann kann man nicht regieren. Und solange Die Linke die EU einzig und allein aus einer nationalistischen Perspektive sieht und sie allein als Unterstützerin des Militärs sektors diskreditiert, haben wir ein weiteres Problem. Dies sind für mich die beiden Schlüsselmomente. Ansonsten sehe ich eine Vielzahl an möglichen Überschneidungen und gemeinsamen Projekten, an denen man ansetzen kann. Ich bin da offen, aber es wird schwierig.

Jan van Aken: Deine Sicht auf die Europapolitik der Linken ist falsch. Es gibt eine Mehrheit bei uns, die klar sagt, dass wir mehr Integration in Europa wollen und nicht weniger. Dies ist keine Baustelle. 2013 wird es keine rot-rot-grüne Koalition geben, weil die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Ich glaube aber, dass die Außenpolitik 2017 nicht mehr der Knackpunkt sein wird. Ich halte die strittigen Fragen bis dahin für lösbar. Die SPD wird nach der Bundestagswahl 2013 sehen, dass die „Vernichtungsstrategie“ gegenüber der Linken gescheitert ist. Es wird eine strategische Neuorientierung der SPD geben, langfristig doch auf Rot-Rot-Grün zu setzen. Dann ist der einzige zentrale Knackpunkt die Frage der Auslandseinsätze. In unserem Grundsatzprogramm steht Folgendes: Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen, die Kampfeinsätze im Ausland zulässt. Da sind wir nicht kompromissbereit. Die

Frage ist, ob SPD und Grüne in den nächsten vier Jahren der Meinung sein werden, dass sie Die Linke für eine Regierungsoption brauchen, und ob sie bereit sind, dafür auf Kapital-VII-Einsätze gemäß UN-Charta zu verzichten. Es kostet sie, glaube ich, ganz, ganz wenig.

WeltTrends: Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Das Gespräch führten Raimund Krämer und Christoph Sebastian Widdau am 10. Juni 2013.
Protokoll: Ina Radtke; Fotos: Daniel Klauke.



Jan van Aken, MdB, geb. 1961, Die Linke. Stellvertreter der Parteivorsitzender und außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Studium der Biologie, 1993 Promotion. 2004-2006 Biowaffeninspektor bei den Vereinten Nationen.
www.jan-aken.de

Viola von Cramon, MdB, geb. 1970, Bündnis 90/Die Grünen. Sprecherin für EU-Außenbeziehungen und sportpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Studium der Agrarökonomie.
www.violavoncramon.de



Chancen und Grenzen jenseits von Schwarz-Gelb



Außenpolitik in Rot-Rot-Grün?

Zwischen Konflikt und Kooperation

Rot-Rot-Grün anno 2013: Politisches Farbenspiel mit Erfolgsaussicht oder strategische Folie für Schwarzmaler? Zukunftsmodell im Parlament oder Auslaufmodell schon auf dem Reißbrett? Kurzum gefragt: Wie steht es um das Verhältnis der Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke? In diesem Band stellen wir die politisch delicate Frage nach dem unsicheren Stand dieser möglichen Mémorà-trois an Politikerinnen und Politiker.

ISBN 978-3-941 880-55-9

59 Seiten / 6,90 Euro

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de